

Der Zertil-Arbeiter

Veröffentlichung und Geschäftsstelle: Berlin O.M., Wilmersdorfer Str. 2/3
Verleger: Kohnke 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphen-Adresse: Zertil-Verlag Berlin

Verstärkt seit Ihr nicht — Verstärkt alles!

Einzel- und Bestandsabnehmer sind an Otto Behm, Berlin O.M.
Wilmersdorfer Straße 2/3 (Bolschewische Straße), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post, Vierteljährlich 6 RM.
Kunzelstraße 4 Markt für die dreifarbige Felle

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Zur Maiseier. — Erster Mai (Gebicht). — Schiedspruch für Westfalen. — Steuerjahr 1926. — Streikstatistik im Reichsarbeitsblatt. — Textilunternehmer von heute! — Zur Lage der englischen Strickwarenindustrie. — Frauenteil. — Die Arbeiterkassen und die Reichsgesundheitskasse. — Die Krankenversicherung der Erwerbstätigen. — Aus der Textilindustrie. — Aus den Gewerkschaften. — Literatur. — Rätsel. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsbeilage: Bebel über den 1. Mai. — Eine schnurrige Geschichte und ihre Lehren. — Die Wintegel.

Zur Maiseier.

Die Klassenbewusste Arbeiterschaft der gesamten Kulturwelt wird wiederum zur machtvollen Demonstration für den Achtstundentag, für den Ausbau der Sozialgesetzgebung, für das Mitbestimmungsrecht in Wirtschaft und Industrie, für den Weltfrieden, gegen die Bestrebungen aller reaktionären Finstertlinge der Reaktion, die sich in Justiz und Verwaltung breitmachen, gegen jegliche ökonomische Unterdrückung und Ausbeutung aufgerufen. Die Textilarbeiterkassen Deutschlands hat allen Anlaß, diesem Aufruf Gehorsamkeit zu leisten und am 1. Mai für die hehren Forderungen des Weltproletariats einzutreten. Es schien eine Zeitlang so, als ob ein Teil der Maiseier erfüllt wäre, doch dies war eine Selbsttäuschung und schärfer denn je muß heute das Proletariat für diese alten Forderungen, namentlich für den Achtstundentag eintreten. Rundum in der Textilindustrie, abgesehen von wenigen Ausnahmen, ist der Achtstundentag gefallen. Durch die Einschlebung sog. Ueberstunden wird er umgangen. Die Unternehmer behaupten, daß innerhalb einer Arbeitszeit von acht Stunden die deutsche Textilindustrie gegenüber dem Ausland nicht konkurrenzfähig sei. Es ist dies jedoch nur eine Redensart, die durch nichts bewiesen wird. Es ist nicht be-
wiesen, daß innerhalb des neunstündigen Arbeitstages eine höhere Leistung vollbracht würde, als im Achtstundentag. Wir glauben eher annehmen zu müssen, daß durch Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden hinaus die Leistungen zurückgegangen sind. Die Unternehmer selbst tun nichts, um die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft zu heben. Im Gegenteil: ihre Handlungen müssen zur Folge haben, daß die Leistungen sinken. Das Bestreben der Textilfabrikanten, die Akkordlöhne zu kürzen, kann nur mindere Arbeitsleistung zur Folge haben, weil ja der Arbeiter weiß, daß die erhöhte Leistung, die er vollbringt, nicht bezahlt wird. Die schlechte Entlohnung der Textilarbeiter sowie das Bestreben, die Akkordlöhne zu beschneiden, muß ein Gefühl der Beunruhigung und des Hasses gegen das Unternehmertum hervorrufen, was die Leistung der Arbeiterschaft herabdrückt. Die Arbeiterschaft, die schließlich in Zeiten der Not ein Unternehmertum in Form einer Lohnföhrung entgegenzunehmen gezwungen ist, wird mit Widerwillen zur Arbeit gehen. Ihr ist unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse jede Freude an der Arbeit geraubt. Die Arbeiterschaft wird erfüllt sein von dem Gedanken der Wiedervergeltung zur gegebenen Zeit. Der Kampf des Unternehmertums gegen den Achtstundentag wurde nicht geführt, um zu einer höheren Wirtschaftlichkeit zu gelangen, durch den Kampf sollte vielmehr der Arbeiterschaft gezeigt werden, daß die Unternehmer noch die Herren und die Arbeitsproleten noch die Knechte sind, deren Ausbeutung und Auswucherung die Unternehmer als ihr Reservatrecht betrachten. In der Textilindustrie werden

zwei Drittel Frauen und Mädchen beschäftigt. Ein großer Teil der Textilarbeiter sind Frauen, die neben der Arbeit im Betriebe noch eine unbegrenzte Arbeitslast für den Haushalt zu verrichten haben. Diesen Frauen ist durch die Befestigung des achtstündigen Arbeitstages jede freie Zeit genommen. Diese lange Arbeitszeit untergräbt die Menschenwürde. Die Frau als Textilarbeiterin kann sich nur als ein geschundenes, ausgebeutetes Wesen fühlen. Familienglück und Freude wird durch diese lange Arbeitszeit völlig untergraben. Die Kinder werden der schaffenden Frau zur Last. Die Erziehung leidet. Schon mit Rücksicht auf die Heranbildung des zukünftigen Geschlechts wäre es notwendig und wichtig, die Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden zu begrenzen. Der Achtstundentag, dieser so wichtige Kulturfaktor, ist lediglich der Profitgucht

Arbeiterschaft entscheidend in Wirtschaft und Industrie mitzubestimmen hat. Die Textilarbeiterkassen tritt für den Weltfrieden ein, damit im freien Wettbewerb der Völker der Kulturfortschritt gefördert wird.

Sie verwirft daher alle die Bestrebungen jener reaktionären Finstertlinge der Reaktion, die sich in der Justiz breitmachen und glauben, daß Deutschland abgeschlossen von den übrigen Völkern lebensfähig sein könnte. Deutschland mit seiner großen Industrie kann sein Volk nur dann ernähren, wenn es im regen Warenaustausch mit sämtlichen Völkern der Erde verbunden ist. Dieses setzt voraus, daß wir die Bedürfnisse und Gewohnheiten anderer Völker achten und schätzen. Indem wir jede Unterdrückung verwerfen, wenden wir uns gegen jegliche ökonomische Unterdrückung und Ausbeutung des eigenen Volkes. Gerade die reaktionären Parteien, sie wollen nicht nur die Unterjochung anderer Völkern, sondern sie vertreten gegenwärtig mit erhöhtem Nachdruck die Unterdrückung des eigenen Volkes.

Möge deshalb die Textilarbeiterkassen am 1. Mai die Rote Fahne der internationalen Sozialdemokratie hochhalten und den herrschenden Gewalten beweisen, daß sie noch auf dem Posten sind und sich für ihre Rechte einsetzen.

Erster Mai.

Diesen Tag woll'n nicht zu zweien
Wir auf stillen Pfaden gehn;
Heute soll die Erde sehn
Frohes Volk in dichten Reihen.

Selle Lieder sollen klingen
Wald und Berg und Tal entlang,
Und des Volkes Matusang
Soll hinauf zum Himmel springen.

Morgen mögen wieder mahnen
Die Sirenen der Fabrik,
Aber heute soll das Glück
Blühen unter roten Fahnen.

Erst Ostler.

des Unternehmertums zum Opfer gefallen. Die Textilarbeiterkassen hat deswegen allen Anlaß, nicht nur am 1. Mai für den Achtstundentag zu demonstrieren, sondern auch mit allen Mitteln für die Zurückeroberung des Achtstundentages zu kämpfen.

Das Mitbestimmungsrecht in Wirtschaft und Industrie ist für die Textilarbeiterkassen von lebenswichtiger Bedeutung. Die Wirtschaft darf nicht mehr zum Spielball privater Interessentengruppen gemacht werden, wodurch die allgemeinen Lebensinteressen in der schlimmsten Form verletzt und gefährdet werden. Die Lebensnotwendigkeiten der Allgemeinheit müssen ausschlaggebend sein in Produktion und Wirtschaft. Es ist deshalb notwendig, daß die

Schiedspruch für Westfalen.

Am 19. April tagte in Westfalen die Schlichterkammer unter Vorsitz des Schlichters, Oberregierungsrat Brand. Folgender Schiedspruch wurde gefällt:

Schiedspruch:

1. Die tariflich festgesetzten Grundlöhne aller Lohnarbeitsverträge, die zwischen dem Verband von Arbeitgebern der westfälischen Textilindustrie einerseits, dem Deutschen Textilarbeiterverband Gau Freistaat Sachsen und Gera sowie dem Verband der Maschinisten und Heizer andererseits bisher getätigt und zum 9. 4. 1926 aufgekündigt worden waren, werden verlängert.

2. Die Regelung der Akkordlöhne erfolgt nach Maßgabe des § 3 des Manteltarifvertrages vom 29. 12. 1924.

3. Diese Lohnarbeitsverträge treten mit Wirkung ab 10. 4. 1926 wieder in Kraft und sind erstmalig mit vierwöchentlicher Kündigungsfrist zum 31. 12. 1926 kündbar. Erfolgt eine Kündigung nicht, so laufen die Lohnarbeitsverträge mit gleicher Kündigungsfrist jeweils um zwei Monate weiter.

Erklärungsfrist der Parteien gegenüber dem Schlichter über Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches bis Dienstag, den 27. April 1926, mittags 12 Uhr.

Für den Schlichterbezug Sachsen
Schlichter
(gez.) Brand.

Der Schlichter verpflichtete sich, Ende der Woche eine schriftliche Begründung des Schiedspruches den Parteien zu übermitteln. Bis dahin wollen wir uns enthalten.

Bebel über den 1. Mai.

So leicht wie heute feierten die Arbeiter vor Jahrzehnten ihren 1. Mai nicht. Wenn es auch heute noch nicht zum gänzlichen Arbeitsruhe gekommen ist, der 1. Mai noch nicht zum gesetzlichen Feiertag wurde und sehr viele Arbeiter den 1. Mai noch nicht feiern wollen, so ist aber trotzdem die Wucht der heutigen Weltmaifeiertage nicht mit den Maiseiern um die Wende des Jahrhunderts vergleichbar.

Mit welchen Schwierigkeiten die damaligen Genossen zu kämpfen hatten, wie groß die Widerstände der Bourgeoisie waren und wie wenig noch die damalige Arbeiterschaft diszipliniert war, ergibt sich aus einigen Bemerkungen August Bebel's über den 1. Mai, die er anlässlich der kritischen Durchsicht des auf dem internationalen Arbeiterkongress zu Paris im August 1889 angenommenen Antrages zur Proklamierung eines internationalen Feiertages machte. Dieser von Lavigne im Auftrage des Nationalverbandes der französischen Syndikatskammern und Korporationsgruppen eingebrachte Antrag lautete:

„Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.“

Der Sinn dieses Antrages wurde damals stark umstritten. Die einen glaubten, man solle mit dieser Kundgebung eine Machtprobe zwischen Bourgeoisie und Proletariat veranstalten; andere glaubten wieder, das Proletariat solle mit der Demonstration seine Gleichberechtigung als Klasse erzwingen. August Bebel sah aber den Zweck der Demonstration darin:

„dem Gedanken der Solidarität der Arbeiterklasse in allen Kulturländern Ausdruck zu geben, indem man gleichzeitig und einmütig für seine Forderung eintritt, von der alle überzeugt waren, daß sie ohne internationale Regelung schwerlich Aussicht auf Erfolg habe.“

Heute streiten sich die Arbeiter nicht mehr um den Sinn des 1. Mai. Bebel's Auslegung ist auch heute noch die richtige. Wie schwierig die Abhaltung der Maiseier war, erfahren wir aus einem Artikel August Bebel's, der 1892 in der „Neuen Zeit“ erschien. U. a. schrieb er:

„Das Fazit der ersten Maiseier war, daß überall, wo die Demonstration durch Ruhen der Arbeit begangen worden war, so

insbesondere in Hamburg, teilweise in Berlin und anderwärts, durch Massenmaßnahmen der Feiern der Partei enorme Opfer aufgelegt wurden. U. a. wurde das stets opferwillige, in allen Kämpfen der Partei als festes Bollwerk geltende Hamburg auf längere Zeit nahezu kampfunfähig gemacht, und ähnlich lagen die Verhältnisse in Berlin und an anderen Orten.“

Gewiß werden auch heute noch Maßnahmen vorgenommen, aber sie erreichen nicht mehr das Ausmaß der Anfangsperiode. Auch fahren nicht mehr die Polizeifabeln in die demonstrierenden Arbeiter und Wilhelm's Schießesack — auf Vater und Mutter und Geschwister zu schießen — wird nicht mehr ausgeführt.

August Bebel hat ja später selbst die wichtigsten Maiseiern erlebt, seine Zuversicht und seinen Glauben an die sieghafte Arbeiterschaft gerade aus dem Erlebnis der Maitkundgebungen geschöpft und seine ursprüngliche pessimistische Auffassung über den Erfolg der internationalen Kundgebungen der Arbeiterschaft beseitigt.

Er beklagte vor allen Dingen den Mangel an Einheitlichkeit der Veranstaltungen. Wenn schon ein internationaler Beschluß vorliegt, am 1. Mai allgemeine Arbeitsruhe einzuhalten, so mußte nach der Auffassung Bebel's dieser Beschluß auch durchgeführt werden. Und hier erlebte er anfangs bittere Enttäuschungen. Teilweise wurden die Aufrufe des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion befolgt, meistens aber nicht berücksichtigt. Bebel schmerzte besonders der Mangel an Disziplin. Hatte doch das Ausland gerade von Deutschland die disziplinierteste Durchführung des internationalen Beschlusses erwartet. Das fränkte ganz besonders unsern alten Bebel, der trotz aller Internationalität auf die deutsche Sozialdemokratie so stolz war.

Aber wenige Jahre später konnte auch unser August Bebel mit berechtigtem Stolz auf die deutschen Arbeiter schauen, die mit Opfermut, Begeisterung und Mühnheit ihren 1. Mai feierten. Heute sind unsere Maiseiern zu gewaltigen und gigantischen Kundgebungen geworden, die fast von der Gesamtarbeiterkassen mit Arbeitsruhe begangen werden und sich tief in das Bewußtsein der internationalen Arbeiterschaft eingelebt haben. Und heute könnte August Bebel noch stolzer auf diese selbstbewusste Arbeiterschaft sein, die einmal über den 1. Mai zum Siege schreiten wird.

Eine schnurrige Geschichte und ihre Lehren.

Die Bewohner eines kleinen französischen Dorfes machten ihrem alten Pfarrer ein Ostergeschenk, das in einem Faß Wein bestand. Einer hatte das Faß geliefert und die andern brachten den Wein, den sie hineingossen, jeder eine Anzahl Flaschen. Dieses Geschenk

machte dem Pfarrer große Freude und er lud eine Anzahl Männer zu einem Mittagessen ein. Während des Essens schickte er die Magd in den Keller, um einen Krug vom neuen Wein zu holen. Das Mädchen ging, füllte den Krug, kam zurück und stellte ihn auf den Tisch. Der gute Pfarrer sagte nochmals einige warme Worte des Dankes und sang feierlich an, einzuschwenken. Aber wie groß war das Erstaunen aller, als der Krug, der eben vom neuen Faß gefüllt worden war, Wasser enthielt, klares Wasser! Jeder der Dorfbewohner hatte gedacht, die andern würden Wein schenken; daher würde niemand es merken, wenn er Wasser gäbe, und leider hatte jeder von ihnen diesen Gedanken gehabt und ausgeführt.

Diese Mentalität des Sich-auf-die-andern-verlassen ist auch unserer Gewerkschaftsbewegung nicht fremd und deshalb sind manche Resultate der Bewegung so wässrig wie der Wein dieser französischen Landleute.

Ein jeder glaubt, es genüge, wenn er sich nur den Anschein gebe, als würde er Opfer bringen und schließlich ist die Blamage da.

Die Bluteigel.

Das folgende, mit allen Details verbürgte Geschichtchen wird uns von einem Leser berichtet:

Kommt da kürzlich im Birkenfeldischen ein biederer Landbewohner in die Stadt zum Apotheker. Es entspinnt sich folgendes Gespräch: „Guten Tag! Ich möchte gern ein paar Blutsauger.“ Apotheker: „Ja, lieber Mann, die habe ich nicht, die führe ich schon seit Jahr und Tag nicht mehr!“ — Der andere: „So, wo kann ich denn die Dinger bekommen?“ — Apotheker: „Oh, da gehen Sie nur zum Finanzamt, da werden Sie sie schon bekommen.“

Der Bauer wandert tatsächlich zum Finanzamt und wird dort natürlich ganz gehörig angefahren, worauf er erwidert: „Ja, der Apotheker in A. hat mir doch gesagt, ich könnte die Dinger hier kriegen!“ Die Folge davon war eine Beleidigungsklage des Finanzamts gegen den Apotheker. Urteil: 20 Mark Geldstrafe. Der Apotheker bezahlt die 20 Mark, schickt aber das Urteil ein an ihn gerichtetes Schreiben des Finanzamts dem „Klabberdassch“ ein. Dieser honorierte den Apotheker mit 70 Mark. Hierauf schreibt der Apotheker dem Finanzamt, er habe die Strafe von 20 Mark bezahlt, vom „Klabberdassch“ aber 70 Mark erhalten. Nun bitte er das Finanzamt um gest. Angabe, unter welcher Rubrik er den Verdienst von 50 Mark zwecks Versteuerung zu buchen habe. Die Antwort des Finanzamts steht noch aus.

(Aus der „Frankf. Zg.“)

den Inhalt des Schiedspruches einer Kritik zu unterziehen. Es kann aber jetzt schon gesagt werden, daß der Schlichter Brand den Arbeitgebern in weitestgehendem Maße mit seinem Schiedspruch Rechnung getragen hat.

Krämerseelen als Betriebsdirektoren.

Unser Verbandsvorsitzender Jüdel hatte aus verschiedenen Gründen das dringendste Bedürfnis, den Produktionsprozeß einer Flachspinnerei durch Augencheinnahme näher kennen zu lernen. Die Kollegen im Lande wandten sich infolgedessen an verschiedene Firmen mit der Frage, ob eine Besichtigung des Betriebes gestattet sei. Es kann konstatiert werden, daß alle Betriebe, welche befragt wurden, ihre Bereitwilligkeit, die Besichtigung zuzulassen, erklärten. Die Besichtigung hatte mittlerweile auch in sehr zufriedenstellender Weise stattgefunden. Der Verbandsvorstand ist dankbar für das außerordentliche Entgegenkommen der in Frage kommenden Betriebsdirektion und die Intensität, mit der alle Einzelheiten des Arbeitsprozesses zur Kenntnis gebracht wurden. Nur eine Firma, nämlich die Hattorf & Firma, machte gegen die Besichtigung alle möglichen Bedenken geltend. Zunächst verwies dieser sonderbare Direktor auf die Flachspinnereien in Schlesien. Er meinte, Schlesien läge doch bedeutend näher als Hattorf. Der Mann scheint nicht zu wissen, daß nicht er die Betriebe zu bestimmen hat, deren Besichtigung eine Verbandsleitung zu erbitten sucht. Schließlich verfluchte er sich hinter die Betriebsgeheimnisse, die den Blicken Unberufener nicht preisgegeben werden dürften. Ob dieser geheime Rat mit seinen Betriebsgeheimnissen nicht besser in eine Zeit der entstehenden kapitalistischen Wirtschaft gepaßt hätte? Wie klein erscheinen seine „Bedenken“ in der Zeit der großkapitalistischen Entwicklung. Wie mag es in diesem Betrieb aussehen und wie kann dieser Direktor den Betrieb zur Konkurrenzfähigkeit mit den nicht geheimen englischen und anderen Betrieben erheben? Herr Müller soll um die Erlaubnis, den Betrieb ansehen zu dürfen, befragt werden. Herr Müller-Vertinghausen wird von der Frage nicht besonders erbaudt sein. Er kann sich die Antwort sparen, wir verzichten auf die Besichtigung eines einer nicht zeitgemäßen Betriebsleitung unterstellten Betriebes.

Steuerjahr 1925.

+++ Nach den Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums verzeichnet das Deutsche Reich an Zöllen, Steuern und Abgaben in der Zeit vom 1. April 1925 bis 31. März 1926 rund 6556 Millionen Mark. Im Steuerjahr 1924/25 betragen die entsprechenden Gesamteinnahmen 7223 Millionen Reichsmark. Es ergibt sich also im Steuerjahr 1925/26 gegenüber dem Vorjahr eine Mindereinnahme in Höhe von 667 Millionen Reichsmark. Da der Voranschlag für das Steuerjahr 1925/26 nur Gesamteinnahmen in Höhe von 6770 Millionen Reichsmark vorsah, stellen sich die Gesamteinnahmen um 86 Millionen Mark höher als der Etat vorsah. Die Mehreinnahmen dürften, da die Finanzverwaltung vielfach fällige Steuern Stunden mußte, wesentlich höher sein.

Trotzdem ist die Steuerpolitik des Jahres 1925/26 durch das Bestreben gekennzeichnet, die Steuerlast zu mildern. Diese Tendenz hat sich auch in einer mehrfachen Senkung der Steuerlaste ausgewirkt. Wenn sich trotzdem ein Mehr von 86 Millionen Reichsmark über den Voranschlag ergibt, ist es sehr interessant zu wissen, welche Steuern für das Mehrergebnis in Frage kommen. Diese Frage beantwortet sich durch folgende Zusammenstellung:

Kategorie	1924/25	1925/26	Voranschlag 1925/26
Zusammen in Millionen Reichsmark			
Steuern auf den Besitz:			
Körperschaftsteuer	314	186	180
Körperschaftsteuer	499	270	350
Kapitalertragssteuer	168	103	105
Obligationssteuer	44	47	50
Erbsteuer	26	27	36
Steuern auf den Umsatz:			
Allgemeine Umsatzsteuer	1798	1338	1320
Erhöhte Umsatzsteuer (Luxussteuer)	119	78	110
Zölle und Verbrauchsabgaben:			
Zölle	357	590	500
Tabaksteuer	514	616	680
Zuckersteuer	219	236	245
Biersteuer	197	256	260
Branntweinmonopol	141	153	150
Weinsteuer	94	80	90
Salzsteuer	5	7	9
Zündwarensteuer	10	10	10
Einkommensteuer:			
Lohnabzug	1329	1367	2170
Abzug vom Kapitalertrag	19	82	davon 1200
Von den Veranlagten	862	803	Lohnabzug

Die Obserierung ergibt, daß sich das Steueraufkommen in Deutschland in erster Linie auf einer Belastung des Lohnneinzommens, des Warenumsatzes und der Abgabe vom Verbrauch aufbaut. Darüber hinaus hat die im Rechnungsjahr 1925/26 betriebene Steuerpolitik Besitz und Vermögen ganz erheblich entlastet, ohne entsprechende Erleichterungen derjenigen anderen Steuern vorzunehmen, die vorzugsweise die großen Verbrauchermassen, insbesondere die Arbeiterklasse treffen. Es ist sicherlich charakteristisch für diese Steuerpolitik, daß Steuern wie die Vermögenssteuer und die Einkommensteuer von den Veranlagten, die die großen Einkommen erzielen soll, ganz erheblich zurückgegangen sind, während der Lohnabzug, der von den Lohnarbeitern und Angestellten aufgebracht wird, über den Voranschlag, den man mit 1,2 Milliarden annimmt, hinaus 1367 Millionen erbrachte gegenüber 1329 Millionen im Rechnungsjahr 1924/25. Diese Belastung der breiten Massen durch den Lohnabzug wird verstärkt durch die Abgabe vom Verbrauch und durch die im Rechnungsjahr 1925/26 eingetretene Zollverschärfung. Das Aufkommen aus Zöllen im Jahre 1913 ist mit 721 Millionen Mark anzunehmen. Dazu traten im Jahre 1913 Steuern bzw. Abgaben auf den Verbrauch (Tabak, Zigaretten, Zucker, Salz, Branntwein, Zündmittel, Zündwaren, Brausteuern einschließlich Essigalkoholverbrauchsabgabe) in Höhe von rund 632 Millionen Mark. Somit erbrachten 1913 Zölle und Verbrauchssteuern einschließlich Verbrauchsabgaben und -gebühren 1353 Millionen Mark. Im und nach dem Kriege traten hier wesentliche Änderungen ein. Das Aufkommen aus den Zöllen schrumpfte infolge der Zollregelung nach dem Versailler Vertrag und auch infolge der Einfuhrverbote zusammen. Der bei der Finanzverwaltung entstehende Ausfall wurde in Deutschland durch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern und Verbrauchsabgaben ausgeglichen. Im Rechnungsjahr 1924/25 erbrachten Zölle und Verbrauchssteuern rund 1547 Millionen Mark. Davon entfiel auf Zölle nur 355 Millionen gegenüber 721 Millionen im Jahre 1913. Wenn das Gesamtaufkommen aber aus Zöllen und Verbrauchssteuern im Jahre 1924/25 rund 1547 Millionen ausmachte, so lag das daran, daß die Verbrauchssteuern ganz erheblich gesteigert wurden. So erbrachte z. B. die Zuckersteuer im Rechnungsjahr 1924/25 rund 215 Millionen gegenüber 158 Millionen im Jahre 1913, die Biersteuer 196 Millionen gegenüber 125 Millionen und die Tabaksteuer 514 Millionen gegenüber (einschließlich Zigarettensteuer) rund 219 Millionen im Jahre 1913. Diese Gesamtsteigerung resultiert aus dem Ausmaß der ausfallenden Zollbeiträge durch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern. Grundsätzlich gesehen trat an Stelle des Zolles, der an der Grenze erhoben wurde, ein im Innenland beim Verbrauch erhobter Zoll in Form von Verbrauchssteuern. Diese Entwicklung war, vom Stand-

punkt der Steuerbilanz gewertet, berechtigt, solange die Grenzverhältnisse eine Erhöhung der Warenneinfuhr durch den Zoll in annehmbarer Höhe wie vor dem Kriege unmöglich machte. Seitdem haben sich die Verhältnisse durch Abwicklung der Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag, durch Aufhebung der Einfuhrverbote und ganz besonders infolge der Zollverschärfungen im Hochsommer 1925 ganz wesentlich geändert. Es ergaben

	1913	1924/25	1925/26
in Millionen Reichsmark			
Zölle	721	356	590
Abgabe vom Verbrauch usw.	632	1190	1372
Umsatzsteuer (allgemeine und erhöhte)	—	1914	1416
	1353	3460	3378

Die Beibehaltung des sogenannten inneren Zolles gegenüber der Wiederherstellung des äußeren Zolles hat zu einer wesentlichen Verschärfung der Verbrauchsbelastung geführt. Die Belastung betrug bei einer Einwohnerzahl von 65 Millionen im Jahre 1913 rund 20 Mk. pro Kopf und Jahr. Sie steigerte sich im Rechnungsjahr 1924/25 auf 53 Mk. und machte im Rechnungsjahr 1925/26 noch immer 52 Mk. pro Kopf und Jahr aus. Diese kolossale Belastung pro Kopf gegenüber dem Jahre 1913 hat also im abgelaufenen Steuerjahr nur eine geringfügige Senkung erfahren. Aber auch diese Senkung ist nur scheinbar. Sie beruht auf der Ermäßigung der Umsatzsteuer, die sich einschließlich der sogenannten Luxussteuer, der erhöhten Umsatzsteuer von 1914 Millionen auf 1416 Millionen senkte. Diese Senkung ist aber, wie der allgemeine Preisstand in Deutschland und der Reichssteuerindex beweist, den Massen nicht zugute gekommen. Eine Entlastung pro Kopf ist nicht eingetreten.

Wenn das Reich in den beiden Stabilisierungsjahren sozusagen im Geld schwamm, wenn das tatsächliche Aufkommen aus Steuern, Zöllen und Abgaben weit mehr betrug als man bei der Etatstellung verlangt hatte, so ist das eindeutig auf eine Mehrbelastung pro Kopf der Bevölkerung, auf die steuerliche Belastung des Arbeitseinkommens und der Lebenshaltung zurückzuführen. Man muß sich immer vor Augen halten, daß Reich, Länder usw. in den letzten Steuerjahren über reichliche Geldmittel verfügten, während infolge der schädlichen Währungsverhältnisse und auch teilweise auf Grund der sie unterliegenden Wirtschaftspolitik die eigentliche Wirtschaft in größerem Ausmaß von Geldmitteln entblößt war. Diese Situation führte bekanntlich zur Inanspruchnahme von Staatskrediten durch das Unternehmertum. Das Verhältnis von Schuldner und Gläubiger gab dem Staat natürlich ein ganz hervorragendes Mittel in die Hand, mit der Gewährung von Wirtschaftskrediten den notwendigen Einfluß auf die Wirtschaft selbst zu erhalten. In der privatkapitalistischen Wirtschaft ist eine solche Entwicklung natürlich. Kein Unternehmen bekommt in unserer privatkapitalistischen Gesellschaft von den Bankinstituten Kredite, wenn es der kreditgebenden Bank nicht den entsprechenden und je nach der Höhe der Kredite, entscheidenden Einfluß auf das Unternehmen einräumt. Der Staat hat aber bei uns leider nicht mit seiner Kreditpolitik diese Einflußpolitik verbunden: die Kredite wurden manchmal in unerantwortlicher Weise, wie der Kautschuk-Prozess beweist, erteilt, ohne Rücksicht auf eine mögliche Stärkung der Stellung des Staates gegenüber der Privatwirtschaft gegeben. Erst in diesen Tagen hat die Öffentlichkeit Näheres über die Geschehnisse erfahren, die von der Seehandlung gegeben worden sind, ohne daß sich die Preussische Staatsbank bzw. der preussische Staat wenigstens den Einfluß auf die genannte schlesische Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft, deren Geschäftsführer zum größten Teil dem schlesischen Hochadel angehören, gesichert hätte, um die, nicht in letzter Linie auf Grund des von Preußen gewährten Kredites bedrohten deutschen volkswirtschaftlichen Interessen zu wahren. Die Kautschuk- und Gischke-Kredite sind geradezu bezeichnend für die unverantwortliche Politik, die mit Hilfe des überhöhten Steuereinkommens betrieben worden ist, und man sagt nicht zuviel, wenn man feststellt, daß diese Politik von den Vertretern des Bürgertums in den Ministerien mit der Absicht betrieben worden ist, die mögliche Einflußnahme des Staates auf die Privatwirtschaft zu verhindern. Andernfalls könnte man sich vieles, was sich in dieser Beziehung in den beiden letzten Jahren ereignet hat, nicht erklären. Das Mehraufkommen aus Steuern usw. war für die Republik eine ungeheuer günstige Gelegenheit, das immer so betrübliche Kräfteverhältnis zwischen Staat und Privatwirtschaft zugunsten einer Stärkung des Staatseinkommens zu ändern. Diese Chance, deren Ausnutzung einigermaßen die Mehrbelastung der breiten Massen, die Mehrbelastung pro Kopf gerechtfertigt hätte, ist nicht ausgenutzt worden. Hätten wir in den beiden verflochtenen Jahren eine andere politische Konstellation gehabt, so wäre diese in bezug auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft von ungeheurer Tragweite geworden. Leider verlagte die Arbeiterklasse, indem sie dem Bürgertum und den kapitalistischen Interessen politisch und damit auch wirtschaftlich das Feld und die Führung überließ.

Aber auch in anderer Beziehung neigt die Steuerpolitik des Jahres 1925/26 zur Kritik. Wie wir bereits oben gesagt haben, beträgt das Mindereinkommen an Steuern, Zöllen und Abgaben im Rechnungsjahr 1925/26 fast eine halbe Milliarde Mark gegenüber dem Rechnungsjahr 1924/25 und auch das Rechnungsjahr 1926/27 sieht auf Grund der Reinholdischen Steuerreform eine Minderung der Einnahmen von rund 694 Millionen Mark auf 646,5 Millionen Mark vor. Gegenüber dem Stand von 1924/25 ergibt sich etatmäßig eine Ermäßigung im Gesamteinkommen in Höhe von 1000 Millionen. Diese Ermäßigung ist immer unter Berufung darauf gefordert worden, daß man mit steuerlichen Mitteln eine Erleichterung in der Wirtschaftslage herbeiführen müsse. Man hätte mit steuerlichen Mitteln auch diese Erleichterung erzielen können, wenn man die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt hätte. So hätten beispielsweise Ermäßigungen im Lohnabzug, der Umsatzsteuer und der Verbrauchssteuern wirtschaftspolitisch Sinn gehabt, indem sie die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt hätten. Man wäre, wenn man den Weg einer Milderung des Lohnabzugs und der Verbrauchssteuern ging, zu einer großzügigen wirtschaftspolitischen Aktion gekommen, die sich in einer Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung und einer Belebung unserer Wirtschaft geltend gemacht hätte. Diesen Weg ist man aber nicht gegangen, sondern wählte die steuerliche Bevorzugung einzelner Interessengruppen, wodurch die große wirtschaftspolitische Aktion die durch das Vorhandensein der Steuerreserve in Höhe von 1000 Millionen Mark möglich wurde, einfach verzerret wurde. Es blieb bei der überpannten Belastung der großen Verbraucherschichten, wogegen eine natürliche Anhebung der Wirtschaft durch steuerliche Maßnahmen verschlagen wurde.

Nieht man die Bilanz, dann ist wohl folgendes zu sagen: Die übte Steuerpolitik des Jahres 1925/26 hat keine Rücksicht auf die wirklichen Interessen der Wirtschaft und auf überpannte Belastung der Bevölkerung genommen. Ausdruck dieser Steuerpolitik ist die sich verringende Kaufkraft der Bevölkerung. Wir werden auch zu keiner Belebung unseres Marktes kommen, wenn man die überpannte Belastung der breiten Verbraucherschichten nicht durch Milderung im Lohnabzug und der Verbrauchssteuern abstellt.

Was kein Ohr vernahm, was die Augen nicht sahn,
Es ist dennoch das Schöne, das Wahre!
Es ist nicht draußen, da sucht es der Tor;
Es ist in dir, du bringst es ewig hervor. Schiller.

Streitstatistik im Reichsarbeitsblatt.

Unser Verband hat bisher in seiner offiziellen Streitstatistik im Jahrbüchern usw. nur jene Streiks und Aussperrungen bezeichnet, die entsprechend den Bestimmungen des Verbandsstatuts vom Hauptvorstand genehmigt und finanziert waren. Das schloß jedoch nicht aus, daß in unserer Abteilung für Lohnbewegungen auch jene Streiks und Aussperrungen im Bereich unseres Verbandes registriert wurden, die ohne die Zustimmung des Hauptvorstandes zum Ausbruch kamen und auch solche, die von verantwortungslosen Elementen ohne Einhaltung irgendwelcher gewerkschaftlicher Grundzüge eingeleitet wurden. Dies soll zum besseren Verständnis der nachfolgenden Angaben vorangestellt werden.

Im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 14 vom 9. April 1926 ist ein Aufsatz mit Tabellen über Streiks und Aussperrungen im Jahre 1924 enthalten, aus welchem man den Eindruck gewinnen könnte, als hätten sich die 1924 in der deutschen Textilindustrie stattgefundenen Streiks und Aussperrungen in normalen Grenzen bewegt. Tatsächlich hat jedoch gerade dieses Jahr an Streiks und Aussperrungen in der deutschen Textilindustrie alle vorhergehenden weit übertroffen. Die Ursache dieser Kämpfe war zum großen Teil der Streit um die Arbeitszeit. Wir verweisen hierbei auf Nr. 28 unseres Fachblattes vom 22. August 1924, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß bis Anfang August allein schon 48 Streiks und Aussperrungen zu verzeichnen waren, die zum Teil nur Arbeitszeit, zum Teil Arbeitszeit- und Lohnunterschieden zur Ursache hatten, an denen 114 820 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. Die dadurch verurteilten Arbeitstage beliefen sich auf 3 004 595. Da sich die Größe eines Streiks oder einer Aussperrung nur nach der Zahl der dadurch verlorenen Arbeitstage feststellen läßt, so kann man hieraus schon erkennen, welche große Bedeutung den Konflikten über die Arbeitszeit in der deutschen Textilindustrie beigemessen ist. Bis zum Jahresabschluss kamen naturgemäß noch weitere Kämpfe hinzu. Welchen Anteil jene, die um Arbeitszeit geführt wurden, gehabt haben, ist aus folgender Tabelle zu entnehmen, die die Streiks und Aussperrungen im Bereich des Deutschen Textilarbeiterverbandes umfaßt, einschließlich derjenigen, die die finanzielle Unterstützung des Verbandes nicht fanden. Diese Angaben dürften jedoch nicht alle Streiks und Aussperrungen enthalten, die tatsächlich in der gesamten deutschen Textilindustrie im Jahre 1924 stattgefunden haben.

	Ursachen der Streiks und Aussperrungen 1924			
	Lohn-Differenzen	Arbeitszeit-Differenzen	Lohn- und Arbeitszeit-Differenzen	Sonstige Differenzen
Streiks	81	18	15	9
Aussperrungen	18	25	8	5
	99	43	18	12

Auch bei den Lohn- und Arbeitszeitdifferenzen kann man ohne weiteres annehmen, daß wohl ein erheblicher Teil nicht zu Streiks bzw. Aussperrungen geführt hätte, wäre nicht der Streit um die Arbeitszeit damit verbunden gewesen.

Die Erhebung über sämtliche Streiks und Aussperrungen im Bereich unseres Verbandes ergibt nachstehende Zusammenstellung. Zum Vergleich werden die entsprechenden statistischen Angaben der Reichsarbeitsverwaltung mit angeführt.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1924 nach den

	Angaben der Reichsarbeitsverw.			Erhebungen des D.T.A.V.		
	Streiks	Aussperrungen	Gesamt	Streiks	Aussperrungen	Gesamt
Es fanden statt:	109	27	136	123	49	172
Betroffene Betriebe	420	88	508	1 607	157	1 764
Darin beteiligte Personen	98 840	25 636	124 476	136 182	95 122	171 264
Beteiligte Personen	68 820	22 144	90 964	180 035	82 235	162 270
Arbeitsstunden	1 827 821	184 019	1 511 840	3 296 857	410 108	3 706 400
Die Fortsetzung betrafen:						
mal						
Arbeitslohn	27	14	101	81	18	99
Arbeitszeit	89	18	45	18	25	42
Arbeitslohn und Arbeitszeit	—	—	—	33	28	61
Sonstiges	19	8	27	9	5	12

*) Anmerkung im Reichsarbeitsblatt: Streikfälle, bei denen Forderungen verschiedener Art gestellt wurden, sind bei jeder einzelnen Forderung besonders gekennzeichnet worden.

Der aus dieser Gegenüberstellung ersichtliche große Unterschied zwischen den Angaben im „Reichsarbeitsblatt“ und den Erhebungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat wohl in erster Linie seine Ursache darin, daß in den ersten Angaben die Zahlen von Rheinland und von Westfalen nicht vollständig enthalten sind, wie aus dem textlichen Teil zu der im „Reichsarbeitsblatt“ enthaltenen Streitstatistik zu entnehmen ist. Entfällt doch nach den Erhebungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes etwa ein Viertel der Gesamtzahl der durch Streiks und Aussperrungen verlorenen Arbeitstage allein auf den großen Kampf um die Arbeitszeit im rechtsrheinischen Tarifgebiet. Damit sind auch die Schlußfolgerungen hinsichtlich, die auf Seite 24 gezogen werden, monach „im Gegensatz zur energischen Haltung der Arbeitgeberseite in der wirtschaftlich schwer bedrängten Schwerindustrie man den Eindruck haben könnte, als sei die Textilindustrie bestrebt, die Konjunktur auszunutzen und den Fortgang der Arbeit durch Arbeitsstärkung möglichst wenig stören zu lassen“. Hierzu muß festgestellt werden, daß die Streit- und Aussperrungstätigkeit sogar eine außerordentlich hohe war und die Arbeitszeitkämpfe eine hervorragende Rolle spielten. Wohl haben die Arbeitgeber erklärt, die Produktion müsse erhöht werden durch Verlängerung der Arbeitszeit. Unter brutaler Ausnutzung der ihnen durch die damaligen Verhältnisse gegebenen Macht setzten sie ihr Prinzip durch, ohne Rücksicht auf die dadurch hervorgerufenen ungeheuren Produktionsverluste. Es ist dies ein untrüglicher Beweis dafür, daß die Handlungsweise der Textilarbeitgeber weniger von wirtschaftlichen Notwendigkeiten beeinflusst wird als von dem Bestreben, der Textilarbeiterseite ihren Willen aufzuzwingen, selbst unter den schwersten Opfern. C. S.

Textilunternehmer von heute!

Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat kürzlich an die Betriebsräte der Vereinigten Textilwerke Mann u. Reinhardt L.-G. und Martin Höfen G. m. b. H., beide in Barmen, einen Prospekt über das Buch „Wie wieder Krieg“ von Ernst Friedrich geschickt, dem noch ein Anschreiben mit den Wünschen der verstorbenen Gewerkschafts- und Parteiführer Legien und Ebert beilag. Das Anschreiben trug die Adresse „Werte Kollegen“ und sollte die Betriebsratskollegen der beiden Firmen auf Werte und Neuerwerbungen des Büchermarktes aufmerksam machen, die durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu beziehen sind.

Bisher sind einer derartigen Propaganda, die durchaus erlaubt und zulässig ist, noch keinerlei Schwierigkeiten bereitet worden. Alle Firmen haben ihren Betriebsräten die diesbezüglichen Postsendungen ohne weiteres ausgehändigt. Sie haben damit einfach ihre Pflicht erfüllt, die keine besondere Anerkennung verdient. Anders handelten jedoch die Textilfirmen, Vereinigte Textilwerke Mann u. Reinhardt

A. G. und Martin Hölten G. m. b. H. in Barmen. Beide Firmen scheinen über ihre Betriebsräte die Briefsperrung verhängt zu haben. Und zwar, weil die beiden Firmen die an den Betriebsrat adressierten und mit einer Klammer verschlossenen Briefe der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes widerrechtlich geöffnet, ihren Inhalt geprüft, den Prospekt über das Buch „Nie wieder Krieg“ herausgenommen und in den Papierkorb geworfen haben. Was mit dem Anschreiben geworden ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Nachdem die genannten Firmen ihre ganz unberechtigte und willkürliche Zensur an den Postfach ihrer Betriebsräte ausgeübt hatten, glaubten sie noch ein übriges tun zu müssen, indem sie die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von ihrem Zensurwürden mittels Postkarte benachrichtigten. Die Karten, die als Dokumente der Schande zu bewerten sind und die wir ihres Inhalts wegen der Mit- und Nachwelt erhalten wollen, haben folgenden Wortlaut:

An die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H. Berlin S. 14.

Zur gefl. Kenntnisnahme teilen wir Ihnen mit, daß wir in unseren Betrieben keine Politik treiben und daher auch die diversen uns zugehenden Druckfachen umgehend in den Papierkorb wanderten.

Bereinigte Textilmwerte Mann u. Reinhard A. G.

Barmen, den 9. März 1926.

An die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H. Berlin S. 14, Inselstr. 6.

Wir beklagen den Eingang Ihrer Propagandablätter „Nie wieder Krieg“. Wir verblühen es uns auf das allerhöchste, daß Sie die Mitglieder unseres Betriebsrates politisch beeinflussen.

Hochachtungsvoll
Martin Hölten, G. m. b. H.

Barmen, den 10. März 1926.

Über den Inhalt der beiden Karten verlieren wir kein Wort. Jedes Wort der beiden Karten würde hier nur abschwächen wirken. Wir begnügen uns deshalb damit, die der Verlagsgesellschaft des ADGB. gewordenen Mitteilungen entsprechend niedrig zu hängen. Auf das allerhöchste ist jedoch die Deutung der an die Betriebsräte gerichteten Briefe durch die Barmen Textilmwerte zu verurteilen. Diese Tat grenzt haarfähr an eine vorläufige Verletzung des Briefgeheimnisses, und die Herausnahme des Prospektes ist ohne jede Einschränkung als Unterschlagung zu bewerten. Inwieweit die Betriebsräte sich die Eigenmächtigkeiten ihrer Firmen gefallen lassen werden, bleibt abzuwarten. Vorläufig mag es genügen, das Verhalten der beiden Firmen in der Öffentlichkeit angedrangt zu haben.

Zur Lage der englischen Strickwarenindustrie.

Die englische Strickwarenindustrie leidet unter einem außerordentlich schlechten Geschäftsgang. Die Absatzschwierigkeiten werden hauptsächlich auf die fallenden Preise von Wolle und Baumwolle zurückgeführt. Die Unternehmer der englischen Strickwarenindustrie forderten infolgedessen einen Schutz Zoll von 33 1/2 Proz., und die Regierungskommission hat den Auftrag, diese Forderung der Strickwarenindustriellen zu untersuchen. Seit dem 18. März haben fortlaufend Sitzungen stattgefunden. Die Engländer behaupten, daß die schlechte Geschäftslage der Strickwarenindustrie auf die unfaire Konkurrenz des Auslandes zurückzuführen sei. Der hauptsächlichste Konkurrent der englischen Strickwarenindustrie ist Deutschland, daneben kommen aber auch noch die Schweiz, Tschechoslowakei, Japan und die U. S. A. in Betracht. Die englischen Unternehmer erheben gegenüber der deutschen Konkurrenz den Vorwurf, der niedrigen Löhne. Wenn tatsächlich ein Schutz Zoll von 33 1/2 Proz. seitens der englischen Regierung durchgeführt würde, so wäre dies gleichbedeutend mit der Verlegung jeder deutschen Einfuhr an Strickwaren. Man sieht aus diesem heraus, daß die Unternehmer überall mit den

gleichen Argumenten nach Zollschutz rufen. Die Folge ist letzten Endes eine weitere Untergrabung der europäischen Wirtschaft.

Gegen die englischen Zollschutzpläne wird im „Berliner Tageblatt“ von ausführenden Kreisen der deutschen Wollereindustrie nachfolgendes geschrieben:

„Durch einen etwaigen englischen Schutz Zoll auf baumwollene und wollene Wirtwaren würden sehr erhebliche deutsche Interessen getroffen werden. Ganze Zweige der fächlichen und der württembergischen Tritotagenindustrie sind in erster Linie auf den englischen und über England vermittelten Ueberseemarkt eingestellt; manche Firmen geben ihre gesamte Produktion auf diesem Wege ab und würden durch seine Abschneidung in ihrem Lebensnerv getroffen werden. So gingen an wollener und baumwollener Unterkleidung, in Doppelzentnern gerechnet, nach England (die deutsche Gesamtausfuhr wird jedesmal in Klammern beigelegt):

	1913	1924	1925
Wollene Unterkleider, geschnitten	53022	639	989
	(18722)	(3141)	(2842)
Baumwollene Unterkleider, abgepaßt, gearbeitet oder geschnitten	40206	18397	13101
	(67461)	(34892)	(28679)

Gestützt werden die britischen Zollwünsche auf den Vorwurf der unfairen Konkurrenz, des Dumpings irgendwelcher Art. Daß die deutsche Industrie weder den Vorteil einer erweiterten Wahrung bei der Ausfuhr genießt, noch sich irgendwelcher Ausfuhrprämien oder anderer Vergütungen erfreut, dürfte bekannt sein. Der Umfahrscheinheit bei der Ausfuhr entspricht diejenige bei der Einfuhr. Auch einen Frachtvorteil gegenüber dem englischen Fabrikanten hat der deutsche nicht, wie sich aus dem Ausmaße der Entfernungen und der Umladenotwendigkeit ergibt. Keiner der englischen Fabrikanten dürfte bei der Befreiung frei Haus London gemäß den üblichen Konditionen für die Riste 11/6 aufzuwenden haben, wie der Lieferant aus Württemberg zum Beispiel.

Zur hauptsächlichsten Begründung müssen dann, wie gewöhnlich, die niedrigeren Löhne herhalten. Die Zahlenangaben der englischen Schutz Zollner bedürfen nach beiden Seiten einer genaueren Nachprüfung. Die deutschen Löhne sind beträchtlich höher, als sie von der englischen Strickerei aus dargestellt werden besonders weil man nicht von den Mindestlöhnen der Tarife ausgehen darf, sondern berücksichtigen muß, welche Löhne im Accord tatsächlich verdient werden. Sie betragen:

	für männliche		für weibliche	
	gelernte	ungerlernte	gelernte	ungerlernte
	bzw.		bzw.	
	angelernte		angelernte	
in	Mark	Mark	Mark	Mark
Sachsen	40—45	36—40	30—33	18—20
Württemberg (Stuttgart)	42—44	34—39	—	—
Süd-Württemberg u. Hohenzollern	bis 60	bis 45	bis 35	bis 30

Die Aufwendungen für soziale Lasten, für Betriebsräteorganisation, Schwerbeschädigtenfürsorge und vor allem für die bezahlten Ferien machen zusammen eine Erhöhung des Lohnkontos bis zu 13 Proz. aus. Außerdem darf nicht ein deutscher zehntündiger Arbeitstag einer britischen 48-Stunden-Woche gegenübergestellt werden, denn die regelmäßige Arbeitszeit beträgt in Deutschland ebenfalls 48 Stunden und steigt laut Tarifvertrag — soweit nicht überhaupt Kurzarbeit vorherrscht — bis zu höchstens 53 Stunden. Auf den weiteren Vorwurf zu niedriger Preisstellung ist zu erwidern, daß gegenwärtig in allen Ländern Schleuderverkäufe stattfinden, die von Konkursmassen und anderen Zusammenbrüchen herrühren; sie drücken ebenso sehr auf den deutschen Markt wie auf den fremden, sind jedoch als vorübergehende Erscheinungen zu betrachten und dürfen daher nicht Anlaß zu einer für die Dauer gültigen Maßnahme bieten.

Daß deutsche Wirtwaren heute in ungewöhnlicher Menge nach England eingeführt werden, dürfte auch nicht gut behauptet werden können; die Ziffern liegen regelmäßig unter den Vortriebsziffern.

Dagegen ist ein anderer Gesichtspunkt zu beachten: Nach dem deutsch-englischen Handelsvertrag sollen nicht einseitige Maßnahmen gegen die deutsche Ausfuhr in England getroffen werden. Das würde aber auf einige Waren der genannten Art sicherlich zutreffen, denn beispielsweise kamen im Jahre 1924 aus 2261 447 Dutzend Paaren Baumwollstrümpfen allein 979 038 aus Deutschland; von 1824 330 Dutzend baumwollenen Unterkleidern 703 740 usw.

Es besteht jedenfalls kein Zweifel darüber, daß die Bestrebungen der englischen Schutz Zollner durch die deutsche Schutz Zollpolitik wesentlich gefördert worden sind. Deutschland hat seit jeher den Anstoß zur Schutz Zollpolitik gegeben. Die Folgen davon sind dann immer, daß unsere Fertigwarenindustrie unter dieser verhängnisvollen Politik zu leiden hat. Aber nicht nur die Fertigwarenindustrie, sondern die Gesamtwirtschaft und vor allen Dingen die deutsche Arbeiterchaft. Deutschland würde sich zweifellos gegen das englische Vorgehen viel besser zur Wehr setzen können, wenn es selbst keine so verderbliche Schutz Zollpolitik betrieben hätte.

Nach einem Bericht des Korrespondenten des „Berliner Tageblatts“ sind in der englischen Strickindustrie im ganzen 97 700 Arbeiter beschäftigt gegen 74 000 im Jahre 1913. Hier von sind 4600 vollkommen erwerbslos, doch sollen nur circa 25 Proz. der Gesamtsumme periodisch beschäftigt sein.

Die Arbeiterchaft und die Reichsgesundheitswoche.

Von Dr. Julius Moses.

Mehr als ein Jahr ist verlossen, seit ich die Anregung gegeben, auch in Deutschland nach englischem und amerikanischem Vorbild eine Reichsgesundheitswoche zu veranstalten. Das Ziel, das mir vor Augen schwebte und dem ich in dem ersten von mir entworfenen Programm Ausdruck gegeben, war u. a. auch, die in den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zusammengeschlossenen Arbeitermassen zu veranlassen, in machtvollen Demonstrationen während der Reichsgesundheitswoche den Ruf an Regierung, Parlament und Volkstretreter immer lauter ertönen zu lassen, endlich einmal nach diesem katastrophalen Zusammenbruch unserer Volksgesundheit in erhöhtem Maße wohlverstandene Gesundheits- und Bevölkerungspolitik und Menschenökonomie zu treiben, alle Probleme unserer sozialpolitischen Tätigkeit unter dem Gesichtswinkel zu betrachten, wie sich die Dinge auswirken können und auswirken müssen in physischer und psychischer Beziehung auf die Massen der Arbeiterchaft und den Menschen als solchen.

Die Versicherungsträger haben sich im wohlverstandenen eigenen Interesse und im Interesse sozialhygienischer Fürsorge und Vorsorge sofort einverstanden erklärt, die Idee und das Programm der Reichsgesundheitswoche in die Tat umzusetzen. Reichsregierung und Reichstag schlossen sich diesen Anregungen an. Umfassende Vorbereitungen für die Durchführung der Reichsgesundheitswoche sind vom Reichsministerium des Innern getroffen worden. In ganz Deutschland wird man in dieser Reichsgesundheitswoche nun in Versammlungen, in der Presse, in den Lichtspieltheatern u. a. m. den Wert der Hygiene für den einzelnen wie für die Gesamtheit verflünden.

Es darf dabei aber gerade von mir nicht verschwiegen werden, daß ich bei der Durchführung dieser Reichsgesundheitswoche die Befürchtung hege, als ob man allzu sehr dem Volke von oben her den Wert der Hygiene aufzupropfen wolle. Insbesondere ist diese Befürchtung vorhanden bei den vielen Vorträgen, die zu einem großen Teil von den Ärzten gehalten werden und die sich wie ein wahrer Plagregen über die dürstende Menschheit ergießen sollen. Aber mit schönen Reden allein über den Wert der Hygiene, den Wert von Luft, Licht und Sonne für den menschlichen Körper u. a. m. wird man bei den Massen keinen Erfolg erzielen können. Denn diejenigen, die heute Hygiene treiben können, kommen kaum in die Veranstaltungen, insbesondere die Vorträge der Reichsgesundheitswoche. Sie haben ja die Mittel, ihrer Gesunderhaltung die größtmögliche Pflege angedeihen zu lassen. Und die Massen wiederum können heute wenig Hygiene treiben bei derartigen katastrophalen Zuständen, wie sie heute in Deutschland auf dem Gebiete des Ernährungs- und Wohnungswesens zu verzeichnen sind. Bei unzureichender Entlohnung der Arbeiterchaft in einem Volke, bei einer unzureichenden Ernährungsmöglichkeit und vollständig ungenügenden Wohnungsverhältnissen ist jeder Versuch, eine vernünftige Gesundheits- und Bevölkerungspolitik zu treiben, von vornherein schon zum Scheitern bestimmt, einschließlich aller Bemühungen, hygienische Aufklärung in die Massen zu bringen. Darüber müssen sich unsere Volkstretreter und unsere Regierungen vollständig im klaren sein. Es genügt nicht, hygienisches Wissen in die Massen zu bringen, die Massen müssen auch die Möglichkeit haben, dieses hygienische Wissen in die Tat, in die Wirklichkeit umzusetzen. Das aber scheitert an unseren sozialen und kulturellen Verhältnissen, Verhältnisse, die man insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungswesens geradezu als kulturwidrig und als kulturverderblich bezeichnen muß.

Für die große Masse der Armen und Vermissten ist es verlorenere Zeit und verschwendete Arbeit, sich während der Reichsgesundheitswoche nur mit schönen Ratsschlägen regalisieren zu lassen. Das ist genau so, als wollte man dem Hungernden helfen durch Vorlesung von Kochbuchrezepten.

Die Spuren schreden. Wir haben schon etwas Aehnliches erlebt im Herbst v. J. bei der sogenannten Essener Reichsgesundheitswoche, in der neben dem Reichsanwalt die größten Koryphäen der medizinischen Wissenschaft allabendlich als Vortragende in gewerkschaftlichen Versammlungen aufgetreten sind. Hier einige Stichproben.

Da fordert Geheimrat Bier: Berlin Licht, Luft und Sonne zur Bekämpfung der Tuberkulose. Ganz recht! So ungefähr fordert es das Proletariat auch, fordern es seine Vertreter: eine durchgreifende, grechzügige Wohnungs- und Ernährungspolitik also: so mühten es sozialistische Professor Bier und seine Kollegen verlangen. Aber davon schreibt Paulus nichts an die Korinther. Politit, zumal Volkspolitit, davon halten sich die Koryphäen der medizinischen Wissenschaft ängstlich fern. Und als ich vor kurzem im Reichstage den Satz geprägt: Der Kampf um die Volksgesundheit ist ein politischer Kampf, glaubte eines der Mitglieder der deutschen nationalen Reichsagrartion mir gegenüber betonen zu müssen, daß die Deutschenationalen durchaus anderer Ueberzeugung seien und es auch stets ausgesprochen haben, daß nach ihrer Meinung Gesundheitspflege und alles, was an rein menschliche Dinge rührt, von Parteipolitit und parteipolititlicher Berhehung freibleiben müsse! Hier verzeichnet das Programm: „Zustimmung rechts“. Wenn aber einmal unsere medizinischen Autoritäten das ungewohnte Gebiet des politischen Kampfes betreten, dann halten sie es mit den Vertretern der bestehenden Wirtschaftsordnung, dann stellen sie sich schüßend vor die Profitgier und gesundheitswidrige Arbeiterschinderei, vor die Befürworter der Nahrungsmittelverteuerung und des Bodenwuchters.

Eine andere Autorität, Geheimrat v. Müller-München, der über den gegenwärtigen Stand der Ernährungslehre sprach, glaube nichts Besseres tun zu sollen, als gegen die materialistische Weltanschauung sich zu ereifern, an die geistigen und seelischen Werte des Menschen zu appellieren, eine, namentlich für einen Arzt besonders hervorragende Leistung in einer Zeit, in der der größte Teil des deutschen Volkes nicht weiß, von einem Tag zum andern sich durchzuführen.

Da dozieren Herr Geh. Rat R u b n e r, doch gewiß ein dickes medizinisches Kirchenlicht, „daß bisher alle Versuche, durch besondere Mittel und Methoden die Arbeit zu erleichtern, für das gernerliche Leben noch keine Bedeutung erhalten hätten“. Also der Herr hat das Hebel richtig erkannt, aber über das Warum schweigt er sich schamhaft aus, da müßte man ja politit werden und das würde den herrschenden Klassen an die Nieren gehen, und es mit diesen zu verderben hütet sich ein moderner Professor wohl. Und, wie ein wohlgenährter Pfaffe von der Kanzel herab, scheut sich der Geheim-

Gemeinsam freut du dich der Tat.
Ein zweiter kommt, sie anzuschauen.

* FRAUENTEIL *

Mitwirkende will er, mitgehen;
Deshalb ist so die Kraft und Rat.

Mai, mach' uns frei!

Aus tausend Blüten laßt der Mai,
und ist doch sonst die Welt so bang...
Aus tausend Herzen geht ein Schrei,
wie selten er so wild erklang:
Mai, mach' uns frei!

Wohl faucht der Wind noch rauh und roh,
doch schwebt sein Ungeflüm gar bald
und stirbt verwirrend irgendwo...
Und sehnd es ringsum erschallt:
Mai, mach' uns froh!

Was sich noch scheu und still verbarg,
magt jetzt sich vor an's liebe Licht,
und kennt nicht Furcht und kennt nicht Arg.
Die letzte Kette reißt und bricht...
Mai, mach' uns stark!

Wie schwer das Leben immer sei,
wir zwingen es mit fester Faust,
bis stumm des Glends letzter Schrei
und rings es jubend hell erbraut:
Mai, wir sind frei! Ludwig Bellen.

Der erste Mai und die Arbeiterinnen.

In wenigen Tagen kehrt der Tag wieder, den das Proletariat der ganzen Welt als seinen Feiertag festgelegt hat. An diesem Tage gilt es besonders, zu demonstrieren gegen die unerhörte Ausbeutung der Beschloffen durch das internationale Kapital.

Der wirtschaftliche Druck lastet in diesem Jahre schwerer denn je auf der gesamten Arbeiterchaft. In den Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes zeigt es sich besonders, daß die Unternehmer alle Mittel anwenden, um die Arbeitszeit zu verlängern. Die Unzulänglichkeit unserer Sozialpolitit tritt in diesen Zeiten mehr denn je in Erscheinung. Unsere Arbeiterinnen sind es, die am meisten unter diesen Verhältnissen zu leiden haben. Deshalb müssen die Arbeiterinnen am 1. Mai für ihre Forderungen für den

gesetzlichen Achtstundentag für Ausbau der Sozialpolitit aufs neue demonstrieren. Die überaus große Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Not und das Glend zwingen dazu, viele Forderungen mit noch größerem Nachdruck als sonst zu vertreten. Harte und schwere Kämpfe stehen uns bevor. Die Unternehmer gehen dazu über, einen Generalangriff auf die Rechte der Arbeiterchaft zu unternehmen. Sie wollen die Arbeitskraft des Proletariats, diese einzige Quelle, aus welcher Wohlstand und Glück fließt, einer schärferen Ausbeutung unterwerfen. Die gesamte Arbeiterchaft muß sich dagegen zur Wehr sehen. Vor allen Dingen dürfen unsere Arbeiterinnen nicht auf dem Kampfplatz fehlen. Sie, die ja durch die Revolution die politische Gleichberechtigung erhalten haben, haben auch die Pflicht, dieselbe voll und ganz auszunützen. Jede einzelne Kollegin muß mit dafür eintreten, daß bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse für die gesamte Arbeiterchaft geschaffen werden. Das wird aber nur gelingen, wenn sie unsere

Organisation, den Deutschen Textilarbeiterverband, stärken. Kolleginnen, sorgt für Aufklärung unter den Frauen! Werkschaft unserer Organisation die genügende Schlagkraft, indem ihr derselben jede noch abseits stehende Kollegin zuführt. Jeder Tag zeigt uns aufs neue, daß nur eine starke Organisation in der Lage ist, die gesamte Arbeiterchaft einer besseren sonnigen Zukunft entgegenzuführen.

Deshalb, werbe Arbeitschwestern, gestaltet die Maifeier auch in diesem Jahre zu einer machtvollen Kundgebung für unsere Forderungen, für die an diesem Tage die Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt eintreten. Sorgt dafür, daß der letzte Mann und die letzte Frau an dieser Maidemonstration teilnehmen. Denn erst dann, wenn nicht mehr die Frauen im Felde fehlen, wird wahre Freiheit bald die Welt beseelen.

Arbeiten und nicht verzweifeln!

Viele, viele wollen arbeiten, aber die fürchterliche Wirtschaftskrise, in der wir stecken, hindert Hunderttausende in Deutschland daran.

Die Erwerbslosenziffern sind riesengroß. Riesengroß ist auch die Not der vom Schicksal hart betroffenen Frauen und Männer. Es fehlt an allem, was zum Leben nun einmal notwendig ist. Zur materiellen Not gesellt sich auch noch die seelische Not, die Bedrückung des Gemütes. Wohl noch nie hat eine Wirtschaftskrise, die ja im Wesen des Kapitalismus seine Begründung findet, ein solches Glend zeitigt wie die gegenwärtige. Dieselbe trifft die Arbeiterklasse besonders hart, weil sie ausgehungert, ausgepowert und deshalb wehrlos ist, als sie jemals war.

Doppelt hart werden jedenfalls die Frauen von dieser Krise betroffen, weil dieselben gezwungen sind, mit dem wenigen Gelde, welches ihnen für die Wirtschaft zur Verfügung steht, hauszuhalten. Das deutsche Arbeiterelend ist riesengroß. Daß uns aber dieses Glend nicht gar so sehr ins Gesicht schreit, daß Verzweiflung und Zerlungung nicht größer in Erscheinung treten, ist nur den Arbeiterfrauen zu danken, die das Wenige an Hausrat, an Kleidern und Wäsche mühevoll zusammenhalten und durch Waschen und Stopfen die größte Schätzigkeit verwahren. Hier ist eine Erscheinung, die für Lebenskraft und Ordnungssinn des deutschen Volkes im allgemeinen, der deutschen Arbeiterfrau im besonderen Zeugnis ablegt. Diese Erscheinung soll uns freuen. Sie soll uns aber auch zum Nachdenken veranlassen, denn es erschöpft sich jede Kraft. Darum soll sich die Selbsthilfe der Arbeiterklasse entfallen. Dazu sind alle verpflichtet. Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß unser Kämpfen nach wie vor gegen den Kapitalismus gerichtet ist.

Nach dem Kriege und dem Zusammenbruch der alten Mächte in Deutschland erhofften viele den Sieg der sozialen Revolution. Die Arbeiterchaft war nicht stark genug, wichtige Machtmittel in den Händen zu behalten, sie war nicht einig und geschlossen. Es hat den Anschein, als ob das kapitalistische Prinzip siegen sollte. Doch der übermütige Anhänger kapitalistischer Gedankengänge soll nicht zu früh jubeln. Die Arbeiterklasse verzweifelt nicht! In ihrer Niedriglage von heute liegt der Aufstieg von morgen. Zertreten kann kein Kapitalismus, auch wenn seine Vertreter jubeln. Unsere Organisationen werden wachsen und emporstehen zum Wohle und Nutzen der gesamten Arbeiterchaft.

rat nicht, zu verkünden, daß sich der menschliche Körper selbst durch geeignete Maßnahmen vor den Ermüdungsgefahren schützt. So strömt aus diesen Worten Trost und Heilung in die erschöpften Körper und ermüdeten Seelen.

Solche Vorträge, von Verzicht in einer Reichsgesundheitswoche gehalten, bilden eine nade Verhöhnung derjenigen, die unter dem Druck der Verhältnisse wahrlich schon genug zu leiden haben. Wer ins Volk gehen will, der muß mit dem Volk gehen. Der Arzt soll der natürliche Anwalt der Armen sein. So hat Rudolf Virchow einmal die Aufgabe des Arztes benannt, und nach dieser Maxime hat er sein ganzes Leben hindurch gehandelt. Und darum war er stets dort zu finden, wo es galt, Politik zu treiben, Volkspolitik, Sozialpolitik. Seine Jünger und Nachbeter führen seinen Namen im Mund, aber von seinem Geist sind sie meilenweit entfernt. Medizin treiben heißt heute, mehr denn je, im Volk sich bewegen und für das Volk zu wirken. Gesundheitspolitik bedeutet heute, mehr denn je, Kampfpolitik. Säuseln und Flüstern ist heute, mehr denn je, ein Linderung; Vorträge, schöne Reden auch der gelehrtesten Korporationen, braucht das darbedende Volk nicht, Laten will es sehen. Gesundheitspolitik ist zum ständigen Kampf geworden. Eine hygienische Badewanne, ein hygienisches Zahnpulver und andere Dinge mehr — in den Augen der Herren Vortragenden mögen sie das höchste aller modernen Errungenschaften bedeuten —, das Volk lacht darüber. Das Volk hat ein Interesse daran, über diese oder jene Einzelheit und Kleinigkeit etwas zu erfahren; das Volk fühlt und merkt eine große, ganz ungeheure Last auf sich drücken in einem ganzen System einer ungerechten und verkehrten Weltordnung, und vor dieser Bürde möchte es sich befreien. Es ist ganz schön und gut, wenn man, wie es die heute beliebte Methode ist, hört, was man im Punkt der Ernährung tun und meiden soll, daß fleißiges Schlafen und gesundes Schlafen zum körperlichen Wohlbefinden sehr notwendige Dinge sind. Leider lassen die Herren, die darüber so treffliche Weisheit zu verapfen verstanden, das Notwendigste vermissen. Wie kommt man in den Besitz all dieser Schönheiten? Und warum klingen es wie blutiger Hohn, denjenigen, die wohl oder übel solche Unmöglichkeiten des Lebens entbehren müssen, zu predigen, was sie zu tun und zu lassen haben, um wirklich hygienisch zu leben. Wer in den Nöten unserer Zeit mithelfen will, der werfe alle die genannten Bagatellen und Quisquilien in den Winkel und wirke auf dem Gebiet, wo einzig und allein der Kampf geführt werden kann, auf dem Feld der Politik, auf dem Feld der Sozialpolitik. Als führende im Kampf um gesunde Wohnungen, um ausreichende und billige Ernährung, das ist die große, die einzige Aufgabe, die die moderne Medizin durchzuführen hat. Nur so kann die moderne Hygiene ihr Werk ausführen und zu verwirklichen sich bemühen. Hat die medizinische Wissenschaft das endlich begriffen, so steht sie auf der Höhe ihrer Aufgabe. Will die Gesundheitswoche jetzt und in Zukunft ihre Aufgabe richtig erfüllen, so, aber auch nur so, kann sie segensreich wirken. Will und kann sie das nicht, so wird sie wie ein Tropfen im Regenschauer wirkungslos verrauschen.

Die Krankenversicherung der Erwerbslosen.

Zu den wichtigsten Aufgaben einer Fürsorge für die Erwerbslosen gehört die Versorgung mit ärztlicher Hilfe und Arznei, Heilmitteln usw. Diese Versorgung muß kostenlos geschehen, da ja die Erwerbslosen von ihren geringen Unterstützungssätzen nicht noch derartige Kosten tragen können. Nach § 20 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 hat die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbslosenfürsorge zuständig ist, die Unterstützungsempfänger bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder einer gleichwertigen Krankenkasse zu versichern. Die Kosten für diese Versicherung werden aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bestritten. Die Versicherung beginnt mit dem Tage des Unterstützungsbegins und endet mit dem Tage, an welchem die Erwerbslosenfürsorge wegfällt. Die so versicherten Erwerbslosen haben die gleichen Ansprüche an die Krankenversicherung wie die übrigen Pflichtmitglieder der Krankenkassen. Als Grundlohn gilt bei dieser Versicherung für die Erwerbslosen der doppelte Betrag, den sie als Hauptunterstützung beziehen, das heißt also vollständig, die Erwerbslosen bekommen im Falle der Arbeitsunfähigkeit den gleichen Satz als Krankengeld von der Krankenkasse, den sie als Erwerbslosenunterstützung erhielten, wenn sie nicht arbeitsunfähig wären. Von besonderer Bedeutung ist, daß die Erwerbslosen auch Anspruch auf etwa bei der Krankenkasse eingeführte Familienhilfe haben.

Diese Bestimmung der Erwerbslosenfürsorge über die Krankenversicherung steht jedoch in einem gewissen Widerspruch zu einer Bestimmung der Reichsversicherungsordnung (§ 214), wonach Erwerbslose, die wegen Erwerbslosigkeit aus der Kasse ausscheiden und im letzten Jahre mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vor dem Ausscheiden mindestens 6 Wochen versichert waren, weiteren Anspruch an die Kasse haben, wenn ein Unterhaltungsfall (Krankheit während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Kasse eintritt). Nach dieser Bestimmung haben also alle Erwerbslosen, die die verlangte Mitgliedschaft nachweisen können, Anspruch auch nach diesem Paragraphen an die Krankenkasse. Es wird also nun in den meisten Fällen so sein, daß der Erwerbslose welcher erkrankt, auf zweierlei Art Anspruch an die Krankenkasse hat, einmal auf Grund der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, und das andere Mal auf Grund der Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge. Wie werden denn nun in der Praxis derartige Fälle behandelt? Ansprüche, die sich auf die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung stützen, sind viel höher, als die aus der Versicherung der Erwerbslosen. Hat ein Mitglied Anspruch nach § 214 der Reichsversicherungsordnung, so beträgt das Krankengeld die Hälfte seines letzten Arbeitsverdienstes, bekommt das Mitglied jedoch Krankengeld nach seiner Versicherung auf Grund der Erwerbslosenfürsorge, so ist dies genau so hoch wie die Erwerbslosenfürsorge. Es ist erklärlich, daß viele Erwerbslose nun insofern geschädigt werden, daß sie nur das niedrige Krankengeld erhalten, obgleich sie auf Grund der Reichsversicherungsordnung Anspruch auf Krankengeld nach ihrem letzten Arbeitsverdienst haben. Eine doppelte Zahlung des Krankengeldes auf Grund beider Ansprüche darf nach den Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge nicht stattfinden. Die versicherten Erwerbslosen müssen sich also in jedem einzelnen Falle mit ihrer Krankenkasse herumschlagen und ziehen dabei meist den kürzeren, da die gesetzlichen Bestimmungen nicht gerade auf ihrer Seite stehen. Wie wichtig die Sache für die Erwerbslosen selbst ist, wollen wir an einem kleinen Beispiel erklären. Ein Arbeiter, welcher die Woche 40 Mk. verdient, wird erwerbslos und einige Tage später arbeitsunfähig krank. Zahlt ihm nun seine Krankenkasse Krankengeld nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, so erhält er die Woche 20 Mk. Krankengeld, während er nur etwa 10 Mk. Krankengeld erhält, wenn dasselbe nach seiner Erwerbslosenunterstützung berechnet wird. Die erkrankten Erwerbslosen stehen also in diesem Falle im Rechtteil zu den erwerbslosen Personen, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen und doch Anspruch an die Krankenkasse haben. Die Auslegung und Durchführung der beiden Bestimmungen hat in der Praxis stets zu Zwiespalt und Streit Anlaß gegeben. Der Reichsarbeitsminister hat nun, um alle Zweifel aus der Welt zu schaffen, folgenden Bescheid erlassen:

Jeder Erwerbslose hat in erster Linie Anspruch auf das Krankengeld, welches ihm auf Grund seiner Versicherung als Erwerbsloser zusteht, also Krankengeld gleich Erwerbslosenunterstützung. Hat der Erkrankte nebenher noch Anspruch an eine Krankenkasse gemäß § 214 der Reichsversicherungsordnung (siehe oben), so hat ihm die Kasse, an die dieser Anspruch besteht, den Unterschied zwischen dem Krankengeld als Erwerbsloser und dem höheren zu zahlen. Das heißt also, jeder Erwerbslose, der auf Grund der Reichsversicherungsordnung noch irgendein Ansehen aus der Versicherung und Beschäftigung nach Anspruch auf Krankengeld hat, muß auch solche im Unterhaltungsfall in dieser Höhe erhalten.

Es ist allen Erwerbslosen nur zu raten, von diesem neuen Bescheid Kenntnis zu nehmen und sich in Zweifelsfällen an die zuständige Ortskrankenkasse um Rat und Auskunft zu wenden.

Aus der Textilindustrie.

Die diesjährige Wollschur fast ganz untergebracht — Die Weltproduktion an Wolle erst wieder auf 94 Proz. der Vorkriegszahl.

Unser Zustandsberichter meldet aus London: Die australische Verkaufssaison wird nach Ablauf dieses Monats praktisch zu Ende sein, obwohl sie offiziell bis zum 21. Juli dauert. Denn bis dahin sind nur noch 151 000 von insgesamt über 2 Millionen Ballen in Australien zu veräußern. Somit wäre der Weltmarkt seit vielen Jahren zum ersten Male wieder von der Last übermäßiger Vorräte in dem wichtigsten Produktionsgebiete befreit.

Auch dieses relativ geringe Quantum dürfte nach der überaus leichten Aufnahme des gewaltigen Angebots der letzten Monate ohne Preisverluste abgesetzt werden können. Denn erstens sind keine Anzeichen für eine Verringerung der Nachfrage vorhanden; im Gegenteil ist auch seitens der französischen Industrie, die vor einiger Zeit mit Rohstoffen noch überfordert zu sein schien, die Kaufkraft wieder aufgelebt. Die Preise haben sich nach der Geschäftsunterbrechung durch die Osterferien auf ihrer bisherigen Höhe voll behaupten können. Die Vorräte in den verschiedenen Produktionsstufen der internationalen Wollindustrie sind wegen des schnellen Konsums von Kammgängen und Garnen sowohl in bezug auf Rohstoffe als auch auf Fabrikate relativ sehr gering. Innerhalb der englischen Industrie hat die überaus lebhafteste Nachfrage der Konfektion nach Garnen seiner Merino- und Krauzuchqualität sogar zu Lieferungserschwerigkeiten geführt, da ihr in Erwartung des Schuljahres auf Kommoditäten viele Aufträge erteilt worden sind, die sonst nach dem Auslande gegangen wären. Allerdings sind diese Schwierigkeiten teilweise darauf zurückzuführen, daß die meisten englischen Fabriken während der lange andauernden Depression infolge der verstärkten Auslandskonkurrenz Arbeiterentlassungen vorgenommen hatten. Ihre Produktionskapazität entspricht daher im Augenblick nicht der überraschend schnell gestiegenen Nachfrage. Zur Stabilität der Wollmarkt trägt ferner die Tatsache bei, daß die Rohwollimporte der überseeischen Produktionsländer sich in letzter Zeit entsprechend dem Bedarfe und der verminderten Beschäftigung der verarbeitenden Industrie auf die einzelnen Konsumländer verteilt, so daß Verkäufe aus zweiter Hand kaum zu befürchten sind.

Nach den Angaben des Zentrurbureaus der I.S.L. hat die Wollproduktion in den wichtigsten Erzeugungsländern während des letzten Jahres erst wieder 94 Proz. der Vorkriegsproduktion erreicht. Im einzelnen ergibt sich folgende Entwicklung:

Die Weltproduktion an Wolle. (in Millionen Kar) Durchschnitt

	1909/13	1924	1925
Australien	705	662	785
Argentinien	359	280	275
Vereinigte Staaten	314	286	301
Neuseeland	199	188	170
Südafrika	166	183	185
Uruguay	157	97	110
Großbritannien	134	106	110
Spanien	72	81	81
Italien	55	57	57
Deutschland	52	53	53
Frankreich	81	43	44
Hauptproduzenten insgesamt	2604	2361	2453
Weltproduktion (Schätzung)	3231	2906	2892

Die australische Wollschurung hat im Jahre 1925 wieder die Vorkriegeshöhe überschritten, wodurch die Vormachtstellung Australiens an den Wollmärkten um so mehr gestärkt worden ist, als die Produktion des Hauptkonkurrenten der australischen Wollschur, Argentinien, einen beständigen Rückgang zeigt. Dieser steht übrigens in engem Zusammenhange mit dem Ausblühen des argentinischen Fleischexportes, der zu einer Vernachlässigung des Wollschaftragnisses der Schafe zugunsten des Fleischtragnisses führt. (Aus dem „Berliner Tageblatt“.)

Legittarwerke in Amerika.

Wie dem „New Yorker Herald“ aus Paffaic gemeldet wird, kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und etwa 2000 Legittararbeitern, die die Wellington-Brücke stürmen wollten. Die Streitenden schleuderten Flaschen und Steine gegen die Polizei, während diese mit Gummiknüppeln gegen die Menge vorging. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verletzte.

Arbeitszeitverlängerung in der englischen Baumwollindustrie.

Die englischen Baumwollspinnereverbände haben die vom Kurzarbeiterkomitee vorgeschlagene Verlängerung der Arbeitszeit von 30 1/2 Stunden auf 35 Stunden pro Woche für die Arbeiter amerikanischer Baumwolle angenommen. Es haben 83 von 136 Spinnern dem Vorschlag zugestimmt, der offiziell am 5. d. M. in Kraft getreten ist. Dieser Beschluß bezieht sich vorerst auf die Monate April und Mai; Ende Mai soll eine neue Abstimmung stattfinden.

Spanien.

Erfolgreicher Abschluß des Legittararbeiterstreiks auf Mallorca.

(S.O.B.) Der seit 3 1/2 Monaten auf Mallorca geführte Kampf der Legittararbeiter (in der Mehrzahl Frauen) ist kürzlich mit einem vollen Erfolg abgeschlossen worden. Die Arbeitgeber haben sich dazu bequemen müssen, die Gewerkschaft als die zuständige Interessenvertretung der Belegschaft anzuerkennen, alle Arbeiter neu einzustellen, den Achtstundentag durchzuführen und die geltenden Löhne ungekürzt weiterzuzahlen. Als Übergangsmaßnahme wurde jedoch vereinbart, daß die Arbeiter täglich eine halbe Ueberstunde leisten werden.

Aus den Gewerkschaften.

Wilhelm Bod, ein Veteran der Arbeiterbewegung, feiert am 28. April seinen achtzigsten Geburtstag. Genosse Bod ist der Begründer des Schuhmacherverbandes und langjähriger Redakteur der Verbandszeitung „Der Schuhmacher“. Genosse Bod hat seit Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts beständig in den vordersten Reihen der Arbeiterbewegung gekämpft. Schon im Jahre 1884 wurde Genosse Bod in den Reichstag gewählt. Das Schaffen und Wirken des Genossen Bod zeugt von Pflichttreue, Pflichtbewußtsein und Ausdauer im Kampf um das Wohl der Arbeiterklasse. Wir bringen dem Genossen Bod zu seinem Ehrentage die herzlichsten Glückwünsche dar.

Literatur.

Die Welt ohne Hunger. Solange wir vom Menschen wissen, war das Hungergepein kein Begengosse. Eine unendliche Reihe von Erkenntnissen und Fortschritten wurden durch die Jahrhunderttausende hindurch aus der Not ums „liebe“ tägliche Brot geboren und

Rätsellese.

Kreuzworträtsel.

Ausführung aus Nummer 18.

Höheren Sieg hat der errungen, der der Wahrheit Bliz geschwungen, der die Götter selbst befreit. Freiheit der Vernunft erstehen heißt für alle Völker reden, gilt für alle ewige Zeit.

Schiller.

haben den Kuffieg der Menschheit in der Hauptsache ermöglicht. So wird der „Werbegang des Brotes“ zum Zeugnis des „Werbegangs der Menschheit“. Von dieser hohen Warte aus schildert Dr. Erwin Topf in der zweiten Buchabgabe des laufenden Jahrgangs der „Urania“: Der Menschheit täglich Brod. Ausgehend von allhergebrachten Bräuchen, die ein Ausdruck der Wertschätzung des wichtigsten Nahrungsmittels durch unsere Vorfahren sind, behandeln die einzelnen Kapitel die Geschichte des Ackerbaues („Von der Grassteppe zur Weizensteppe“), der Mühlenindustrie („Von Steinmörser zur Turbine“), der Bäckerei („Von Feuerloch zur Brotfabrik“), des Brot-handels („Vom Sammelbeutel zum Silo“), der Wirtschaftskrisen des Kapitalismus („Sonnensiede“ — oder: die Frage, ob das Schicksal des Kapitalismus in den Sternen geschrieben steht) und gibt im letzten Abschnitt einen Zukunftsaussicht vom Standpunkte des sozialistischen Wirtschaftstheoretikers. Die Darstellungweise ist in besonders glücklicher Weise eine volkstümliche, allgemein fassende, was ja schon nach den angeführten Kapitelüberschriften zu vermuten ist. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena, 98 Seiten, broschiert 1,50 Mark, gebunden 2 Mark.

Maßnahmen zur Durchführung der ratifizierten Ueberereinkommen der internationalen Arbeitskonferenz. Sonderabdruck aus der „Internationalen Rundschau der Arbeit“, Oktober, November, Dezember 1925 und Januar 1926, 132 Seiten, 2 Mk.

Auf Grund des Artikels 408 des Vertrages von Versailles sind die der Internationalen Arbeitsorganisation angegliederten Regierungen verpflichtet, jährlich über die Maßnahmen zu berichten, die sie zur Durchführung der von ihnen ratifizierten internationalen Arbeitsübereinkommen ergriffen haben. Die vorliegende Schrift stellt die erste größere Bearbeitung dieser Regierungsberichte dar. Sie gibt ausführlich Auskunft über den Stand der sozialpolitischen Gesetzgebung auf den verschiedenen Gebieten der Sozialpolitik in einer großen Anzahl von Ländern. Für jeden, der über den Stand der internationalen Sozialgesetzgebung unterrichtet zu sein wünscht, ist diese Schrift, die vom Internationalen Arbeitsamt, Amt Berlin, herausgegeben wird, unentbehrlich.

Kurt Heilig: „Fürstenabfindung“. Ein Reisebuch zum Volksentscheid. 1926. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 70 Pf., Organisationspreis 50 Pf.

Diese Schrift bringt wohl das beste und einleuchtendste Material, was gegenüber den anmaßenden Forderungen der deutschen Fürstenhäuser an das deutsche Volk zusammengestellt worden ist. Sie möchte allen denen in die Hand gedrückt werden, die auch heute noch nicht erkannt haben, welche Werte dem deutschen Volksvermögen verloren gehen, wenn den abgedankten Monarchen und deren Familien auch nur ein Bruchteil von ihren Ansprüchen bewilligt würde, die sich zum größten Teil auf in Zeiten des unbefruchteten Absolutismus unrechtmäßig angeeigneter Objekte beziehen. Es gibt kein besseres Werbemittel für das Volksbegehren als diese Broschüre.

Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. Berlin 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 Mk., Organisationspreis 75 Pf.

Das Wirtschaftsprogramm der deutschen Gewerkschaften, das als Denkschrift seitens der Spitzenverbände gegen die Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände von sich reden machte, ist nunmehr auch durch diese Broschüre der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Die Denkschrift verfolgt den Zweck, allen für die deutsche Wirtschaft und deutsche Politik verantwortlichen Stellen Wege zu weisen, auf denen die Gesundung der deutschen Wirtschaft beschleunigt und gefördert werden kann. Sie verdient deshalb auch das Interesse der breitesten Öffentlichkeit.

Briefkasten.

Miner, Reichenbach L. Schl. Manuskripte beschreib man nur auf einer Seite, wenn sie nicht in den Papiertorb wandern sollen. Die Red.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 2. Mai, ist der Beitrag für die 18. Woche fällig

Verlorene Mitgliedsbücher.

Nach. Das Buch Nr. 424 063, auf den Namen Albert Kem lautend, ist verloren gegangen. Wir bitten bei evtl. Vorlage desselben es einzuziehen und an die Filiale Nachen einzufenden.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder. Großhändler: Rudolf Haufe. Witw: Angelika Göb, Verhaußen. Gronau: Paul Franz. Offizier: Pauline Rudolf, Bernstadt. Buchholz: Friedrich August Bedert, Annaberg.

Textiltechnische Fachbücher.

(Fortsetzung aus Nummer 5.)

- Zwirnererei. Die Zwirnererei. Leitfaden zum Gebrauche für Zwirnererentechniker und praktische Zwirner. Mit 76 Abbildungen. Von R. Ganz und A. Bömber. Geheftet 5 Mk.
- Webererei. Die mechanischen Bandwebstühle. Mit 202 Abbildungen. Von Hans Kurz. Gebunden 6 Mk.
- Mechanische Weberereipraxis sowie Garnnumerierungen und Garnumrechnungen. Mit vielen Tabellen und farbigen Abbildungen. Von A. Gruner. Gebunden 4 Mk.
- Theorie der Schaff- und Jacquardgewebe. In systematischer Aufeinanderfolge bearbeitet. Mit 86 Tafeln in Farbendruck. Von A. Gruner. Gebunden 6 Mk.
- Technologie, Bindungslehre, Dekomposition und Kalkulation der Jacquardweberei. Mit 36 farbigen Tafeln und 122 Seiten Text. Von F. Donat. Gebunden 16 Mk.
- Technologie der Jacquardweberei. Mit 44 farbigen Tafeln, enthaltend 192 Figuren. Von F. Donat. Gebunden 6 Mk.
- Die Florgewebe. Leppich, Pflüß, Samt, Frottierstoff usw. Mit 222 Abbildungen. Von W. Boshed. Geheftet 4 Mk.
- Die Technik der Verbandstofffabrikation. Ein Handbuch der Herstellung und Fabrikation der Verbandstoffe. Mit 17 Abbildungen. Von Dr. Th. Koller. Gebunden 7 Mk.
- Großes Bindungslexikon. Ein Wörterbuch für jeden Textilfachmann und ein Leitfaden für die Gembemusterung. 300 Tafeln mit 9015 Bindungen. Text: deutsch, französisch und englisch. Von F. Donat. Gebunden 65 Mk.
- Die farbige Gembemusterung. Ein Lehrgang. Gembetechnik durch zweifache sechsfarbige Anordnung der Ketten- und Schußfäden zu figurieren. 76 Tafeln mit 580 Bindungen, 580 Warenbildern und 5 Stoffmustern. Von F. Donat. Gebunden 9 Mk.
- Handbuch für Musterzeichner der Textilindustrie. Mit 127 Abbildungen. Von F. Lieb und R. L. Lord. Gebunden 6 Mk.
- Elementarunterricht im Fachzeichnen oder Patronieren. Zum Gebrauch an gewerblichen Weber-Fortbildungsschulen und zum Selbstunterricht. Von B. Heing. In Mappe 1,50 Mk.
- Garnnumerierungen, Hapelungen und vergleichende oder Umrechnunstabellen. Mit 2 Abbildungen. Von S. Kuzer. Gebunden 2 Mk.
- Die technische Prüfung der Garne und Gewebe. Unter Berücksichtigung der behördlichen Vorschriften. Mit 69 Abbildungen. Von Dr. J. Herzfeld. Geheftet 3,60 Mk.

Textil-Praxis, Verlagsanstalt m. b. H., Abt. Buchhandlung Berlin O. 34, Rammer Str. 8/9.

Verlag: Kurt Göbbel in Berlin, Remer Str. 6/9 — Verantwortlicher Redakteur: Hans Bredt in Berlin. — Druck: Sorowitsch Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Straet & Co. in Berlin.